

Pfaffenherrschaft über die Volksschule

Kämpft gegen die Herrschaft des Klerus!

Berlin, 13. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Während die sozialdemokratische Presse in ihrer feindsinnigen und niederträchtigen Kommunistentheorie weiter fortfährt, um die Arbeiterschaft von ihrem Hilfsdienst für den Bürgerblock und die Schulreaktion abzulenken, geht der Bürgerblock rücksichtslos Schritt für Schritt weiter in der Errichtung der Pfaffenherrschaft über die proletarischen Eltern und Arbeiterkinder.

Gestern wurde im Bildungsausschuss des Reichstags zunächst der § 13 des Schulgesetzes durchgeprüft, der im letzten Satz besonders dem Bürgerblock die Aufsicht über die Volksschulen gibt. Dann heißt es weiter: „Die Zahl der Geistlichen darf die Zahl der den örtlichen Schulverwaltungsgremien angehörenden Vertreter der Lehrerschaft nicht übersteigen.“ In klarem Deutsch wird hier gesagt, daß in den allgemeinen Schulverwaltungsgremien den Lehrern eine gleiche Anzahl von Pfaffen beigegeben wird. Welcher Lehrer wird es dann wagen, sich bei dem bekannten Terror der Kirchenfürsten dem Pfaffenterror zu widersetzen, wenn er nicht von vornherein bereit ist, Schikanierung, gesellschaftliche Verleumdung und Verjagung aus dem Amte für jedes freibleibende Wort auf sich zu nehmen?

§ 16 des Regierungskompromisses sichert allen Religionsgesellschaften prinzipiell das Aufsichtsrecht über die Schule zu, aber nicht nur über den religiösen Lehrstoff, sondern auch über die pädagogische Form des Unterrichts. Es genügt, hier an den mitleidigen Kampf der Pfaffen gegen jede englische Kleidung der Kinder beim Turnunterricht zu erinnern, und der Regierungsentwurf steht vor, daß sämtliche Lehr- und Lernmittel, besonders aber die Lehr- und Geschichtsbücher praktisch nur mit gnädiger Erlaubnis des Klerus Verwendung finden dürfen.

Der § 16a befaßt, daß es hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen Schulbehörden und Klerus in den einzelnen Ländern bei den bestehenden Gelehen oder Vereinbarungen bleiben kann. Diese Konvorkordate bedeutet in Wirklichkeit, daß das bürgerliche Konfessionsrecht für alle Zeiten gesichert wird, während in den anderen Ländern, wo die Regelung den Wünschen der Kirche nicht entspricht, sehr bald durch den internatistischen kirchlichen Kampf die Einführung bürgerlicher Zustände in den Schulen herbeigeführt werden kann und wird.

Der Vorwärts hat die Arbeiterschaft bis zum letzten Tage über den angeblichen Liberalismus der Deutschen Volkspartei aufgeklärt. Die Deutsche Volkspartei fördert die Klasseninteressen der Bourgeoisie und wird sich das Schulkompromiß durch entsprechende Profite bezahlen lassen. Der Vorwärts beschränkt sich nur auf die Wiedergabe der Verträge und Beschlüsse. Er findet kein einziges Wort für die notwendige Behinderung dieser mittelalterlichen Kulturreaktion durch proletarische Massenaktionen zum Sturz des Bürgerblocks. Nach wie vor erstrebt er die Koalition auch im Reichsmassstab. Er berichtet mit keinem Wort über den Stand der preussischen Konfessionsverhandlungen. Die sozialdemokratische Partei zeigt mit der Rosa-Landibatur, daß sie bereit ist, auf Kosten der Arbeiterschaft jeden Preis zu zahlen, und sei es eine blutige Niedererschlagung der Arbeiterschaft, nur damit nach dem Wunsch des Herrn Vöbe der preussische Ministerpräsident zugleich als Reichsfanzler die Verträge der finanzkapitalistischen Trugschlichter durchzuführen kann.

Die sozialdemokratischen Arbeiter in Betrieben, Gewerkschaften und Freidenkerorganisationen müssen sich mit den kommunistischen Arbeitern zusammenschließen zum Kampf gegen die ungeheuerliche Schulreaktion, gegen den Bürgerblockreichstag und die Bürgerblockregierung, gegen den

bewachten und zynischen Petrus und Perrat, den die sozialdemokratischen Führer, die heute noch zum guten Teil treue Anhänger und Mitglieder der Kirche sind, am Proletariat verübt haben und in Zukunft noch weiter verüben werden.

„Die Volkspartei hat die Nerven verloren.“

Schwarz-blauer Sieg im Bürgerblock

Der Standpunkt der katholischen Pfaffen, des Zentrums und der evangelischen Pfaffen, der Deutschnationalen hat gefestigt: der Bürgerblock besitzt eine gemeinsame Plattform in der Schulgesetzfrage. In der vorgelagerten Sitzung des interfraktionellen Ausschusses lapitalisierte die Deutsche Volkspartei. Ihr berühmter „Liberalismus“ erwies sich als lebensunfähiger Schwund. „Liberalismus“ erwies sich als höhere Interessen der führenden Fraktionen gegenüber den gegenwärtigen Interessen der fraktionellen kapitalistischen Partei. Das Hauptinteresse der Volkspartei ist die Aufrechterhaltung des Bürgerblocks trotz der fraktionellen Differenzen solange, bis eine höhere Klassenorganisation ihn ablösen kann. So weit sind wir aber noch nicht. Das Bureau Luther ist erst jetzt begründet. Und darum hat die Deutsche Volkspartei nachgegeben in der Schulgesetzfrage, obwohl sie die härteste Fraktion des Bürgerblocks ist. Sie hat aus einem wohlverstandenen Klasseninteresse nachgegeben, denn mindestens für das Zentrum wäre die Niederlage in der Schulgesetzfrage zum Sprengpulver für die Partei geworden, die daraus die Konsequenz hätte ziehen müssen und den Bürgerblock unter aufsehenerregendem Krach mit einer Schwemmung nach links verlassen.

Durch die Entscheidung in der Schulgesetzfrage ist nicht gesagt, daß nicht aus Wahlgründen die einzelnen Bürgerblockparteien vielleicht noch vor der Wahl sich schärfer gegeneinander abgrenzen. Aber soweit ist jetzt gewiß, die sozialdemokratische Prophezeiung, die Bürgerblockkoalition würde an kulturellen Differenzen, am Liberalismus der Volkspartei scheitern, sie ist widerlegt durch die Tatsachen. Es bleibt dem Vorwärts überlassen, darüber zu jammern, daß die Volkspartei die Nerven verloren habe. Gerade das Gegenteil ist richtig. Die Volkspartei hat die Nerven bewahrt und deshalb an den Schwierigkeiten der Schulgesetzfrage, trotz des Parteinscheitens, den sie einleitet, die Klassenkoalition nicht scheitern lassen. Sie hat sich wiederum als die eigentliche Führerin der großbürgerlichen Koalition, als die zuverlässigste und entwickelteste Fraktion der Ausbeuterklasse erwiesen.

Unumgänglich nötig als je ist jetzt gegen die Bürgerblockfront die Organisierung der roten Klassenfront. Aber die Sozialdemokratie, die den Kampf bisher sabotierte und falsche Illusionen über eine mögliche kulturelle Koalition mit dem Liberalismus erweckte, sie zieht aus den Ereignissen, die die Volkspartei ins Gesicht schlugen, nur die Lehre, daß es jetzt die Aufgabe der Arbeiter sein müsse — den überlebten liberalen Schwund ihrer Partei zu verteidigen: (Die Volkspartei wird es den Oppositionsparteien überlassen müssen, die liberalen Prinzipien, die sie im Stich gelassen hat, zu verteidigen).

Nachdem der SPD-Schwund vom Liberalismus der Deutschen Volkspartei endgültig geplagt ist, gilt es jetzt den Schwund vom Liberalismus überhaupt zu zerstören, zu zeigen, daß die kulturelle Reaktion ein unentbehrliches Mittel der bürgerlichen Klassenherrschaft in der modernsten Form ist und daß der Kampf gegen die Schulverpöpfung nur geführt werden kann als Kampf zum Sturz der Bürgerblockherrschaft, daß man auch die Verteidigung einzelner Positionen um das Schulgesetz nicht erreicht durch die außerparlamentarische Mobilisierung der Klasse, die die reaktionären Patagaphen nicht kulturell, sondern aufschärfte politisch niederzubehalten helfen sollen.

Berichterstattung der Kieler Waffenschleibungen

Berlin, 13. Jan. (Eig. Drahtbericht.)

Zu den Kieler Munitionsschleibungen, die für China bestimmt sind und aus Halle kamen, meldet das Berliner Tageblatt, daß die deutsche Regierung mit dem Verband der Schiffreederei und dem ostasiatischen Verein in Hamburg ein Abkommen abgeschlossen habe, wonach keine Kriegswaffen und Kriegsmunition in deutschen Häfen verpackt oder auf deutschen Häfen verpackt werden soll. Dann bringt das Blatt folgende Andeutungen: „Diese Verpflichtungen sind bisher beobachtet worden, so daß nur ein Außenfehler (?) oder ein Ausländer sich über sie hinweggesetzt haben konnte. Es ist zu erwarten, daß das Reichsfinanzministerium oder das Auswärtige Amt zu dieser Schiebung großen Stills in Materie und bestimmter Weise Stellung nehmen wird.“ Nach diesen Andeutungen scheint also unzweifelhaft, daß bereits nähere Tatkunden über einen deutschen „Außenfehler“ und seine Verbindungen zwischen dem Reichsfinanzministerium vorliegen. Wie üblich bei solchen Standfällen, soll auch hier scheinbar die Öffentlichkeit wieder nichts erfahren.

Explosionskatastrophe im Hamburger Hafen

Hamburg, 12. Januar.

Im Hamburger Hafen, querab vom Reiherrstieg, ereignete sich heute morgen kurz vor sieben Uhr auf einer mit etwa 90 Arbeitern besetzten Motorbarke der Hamburger Stauerer-Gesellschaft eine Motorexplosion, wobei 35 Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden und ins Hafentraktenhaus geschafft werden mußten. Zwei Personen werden noch vermisst. Ein Teil der in der Barke befindlichen Arbeiter sprang sofort über Bord. Die Entzündungsurache der Explosion steht noch nicht fest.

Die Barke gehört der Hamburger Stauerer-Gesellschaft G. m. b. H. und trägt die Nummer 15. Es ist noch nicht genau festgestellt, wieviel Arbeiter sich an Bord befanden. Ein Teil der Arbeiter, die ins Wasser sprangen, begab sich teils nach Hause, teils an die Arbeitsstätte. Ins Hafentraktenhaus wurden 35, zum Teil schwer verletzte Arbeiter, eingeliefert. Zwei Arbeiter werden vermisst. Man nimmt an, daß sie tot sind. Die Barke 15 hat am Montag Havarie erlitten und war infolgedessen nicht in einwandfreiem Zustand. Trotzdem hat man sie zum Transport der Arbeiter benützt.

100 Bergleute verhaftet

Aus Cali in Columbia wird berichtet, daß mehr als 100 Bergleute in der Pas-Golandrinas-Grube durch Einkürzung des Schachtes 300 Meter unter der Erde eingeschlossen wurden. Man befürchtet, daß alle tot sind.

Ueberflutungen in Flandern

Die Ueberflutungen in Westflandern haben in den letzten Tagen eine große Ausdehnung angenommen. Von unter Waes. Die Dörfer Barsener und Seilbille sind bedauerlicherweise herausgeholt. Einige Farmer, die sich gemehrt hatten, ihre Gehöfte zu verlassen, befinden sich in kritischer Lage.

Als dann der Ruf: Der Tod ist im Hause, stehende Arbeiter liegen im Reichstag, die Waffenschleibungen wüten! die Sitzungsräume durchgitterte, da blieb selbst der bürgerlichen Kanaille und den Rosa-Socialisten das Wort im Hause stehen. Die Sitzung war aufgelöst, der Reichstag gesprengt. Aber die Bluthunde tobten weiter. Hunderte Proletarier wurden verhaftet und grausam mißhandelt. Die Demonstrationen wurden durch die Straßen Berlins gejagt, ihre Führer bezte man wochenlang, ihre Zeitungen wurden auf Monate verboten, alle Kundgebungen unterjagt und das Versammlungsleben unterdrückt. Die blutige Reaktion der Rosa-Büttwig, der schwarz-rot-goldenen und schwarz-weiß-roten Paarung, raste durchs Land.

Unter ihrem Schutze konnte das Verräterwerk im Reichstag dann vollendet werden.

Die Rechte der revolutionären Betriebsräte, die sich in den Märzkämpfen 1919 eine Nachtstellung in den Betrieben errungen hatten, wurden von der „Kauf-Regierung“ unter Führung der Sozialdemokratie zertrümmert.

Durch Geheiß sollten, blutig getauft, die neuen Betriebsräte jetzt zu Organen des kapitalistischen Wiederaufbaues umgestaltet werden.

Von niederschmetternder Wirkung schien der Schlag des 13. Januar 1920 zu sein. Und doch, das deutsche Proletariat ist durch keinen SPD-Verrat zu besiegen! Kaum waren zwei Monate ins Land gegangen, als nach diesem Gewaltstreik gegen das Massenbewußte Proletariat die schwarz-weiß-rote Reaktion ausholte und die schwarz-rot-goldene aufs Haupt schlug. Der blutige Lüttwig jagte den blutigen Rosa zum Lande hinaus. Die Arbeitermassen unter Führung der Betriebsräte, die mit neuer Kraft im Generalstreik wuchtig wieder auf den Plan traten, ließen den Kapp-Putsch, den Angriff der schwarz-weiß-roten Reaktion, elend zerschellen. Nach waren sie nicht wieder hart genug, noch nicht von einer starken zentralistischen Kampfpartei geführt, um auch der schwarz-rot-goldenen Reaktion ein Ende zu machen.

In schweren Kämpfen mußte Jahr für Jahr die Betriebsräte-Bewegung um die Erfüllung der Massen mit revolutionärem Geist und um ihren Aufmarsch unter der neuen, selbstbewußten kommunistischen Führung ringen. Im Cuno-Streik 1923 gab die neue Betriebsrätebewegung den ersten Beweis der gewaltigen elementaren Kräfte, die ihr innewohnen. Neuer Verrat der SPD, die nach Roskes Beispiel neue Bündnisse mit weißen Generälen schloß, ließen die weiße Kapitalbikatur erheben, bereiteten den Boden für die neue Kapitalsoffenisse.

Aber wie dem 13. Januar 1920, seinem grauigen Nord und blutigen Verrat, seinen fast vernichtenden Schlägen neue Kämpfe, neue Erhebungen folgten, so gehen auch jetzt die Betriebsräte trotz Diktatur des Bürgerblocks, trotz Mahrregelung, Unterdrückung und Verfolgung dem neuen Aufstieg zu neuen Kämpfen, zu herrlichen Gegenstößen entgegen.

Betriebsräte Deutschlands!

Deutsche Arbeiterschaft!

Die Toten des 13. Januar mahnen euch!

Ihr könnt sie nicht vergessen!

Ihr müht kämpfen für sie, für ihre, für unsere Ideale!

Der Betriebsrätewahlkampf beginnt.

Schafft euch wieder kampftüchtige revolutionäre Betriebsräte!

Das ist der Ruf der 42 Toten!

Die Kampffront soll gespalten werden

Kiela-Grüdig, 12. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Um die Bewegung in der sächsischen Hüttenindustrie auf schnellstem Wege zu beenden, haben sich die Vertreter der Gewerkschaften und der Industriellen geeinigt, betriebsweise über die Beilegung des Arbeitszeitkonfliktes zu verhandeln. Die Betriebsräte sind angewiesen worden, die Verhandlungen mit den Werksdirektionen aufzunehmen und die gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit durchzuführen.

Die Beschreitung dieses Weges ist der erste Schritt zur Niederlage der Arbeiterschaft in der sächsischen Hüttenindustrie. Nach wie vor wäre es Pflicht des Metallarbeiterverbandes, in allen sächsischen Hüttenbetrieben den Achtstundentag im Kampfe zu erzwingen. Dies geschieht nicht. Sowie steht fest, daß in den einzelnen Betrieben des Lauchhammerkonzerns die Werksleitungen versuchen werden, die Einführung des Achtstundentages unter allen Umständen zu verhindern. Wenn das in einem Betriebe gelingt, haben die Industriellen gewonnenes Spiel. Es ist wahrscheinlich, daß auf der Grundlage des Neunstundentages verhandelt wird. Die Hüttenarbeiter müssen jetzt mehr denn je zusammenstehen, wenn der geplante Anschlag abgewehrt werden soll.

In der Sächsischen Gußstahlfabrik haben am Dienstag und Mittwoch, wie uns mitgeteilt wird, zwei überfüllte Belegschaftsversammlungen stattgefunden. Aus der Belegschaft heraus wurde die Forderung erhoben, die Sonntagsarbeit im Martinwerk zu beseitigen. Ueberstunden sollen nur noch geleistet werden, wenn sie mit Zustimmung des Betriebsrates angefordert werden. Weiter verlangte die Belegschaft eine Verkürzung der Arbeitszeit für Sonnabends und den Achtstundentag für die sogenannten Hilfsbetriebe. Mit schallendem Gelächter nahm die Versammlung die Mitteilung auf, daß die Direktion eine Verkürzung der Arbeitszeit für Sonnabends in den Nebenbetrieben davon abhängig mache, daß im Stahlwerk die verlangte Sonntagsarbeit geleistet würde.

Die Versammlung beherrschte ein guter Kampfgeist.

Ausdehnung des Kampfes in Oberschlesien

Breslau, 13. Jan. (Eig. Drahtbericht.)

Nachrichten aus Kattowich zufolge dehnt sich die Streikaktion auf den ost-oberschlesischen Hüttenwerken für die Einführung des Achtstundentages immer mehr aus. In der Hohenlohe-Hütte, wo bisher nur der Teil der Arbeiterschaft streikte, für den die sofortige Einführung des Achtstundentages vorgeesehen ist, wagt die Verwaltung keine Maßnahmen gegen die Streikenden zu treffen, weil die gesamte Arbeiterschaft mit der sofortigen Arbeitsniederlegung droht. — Gleichzeitig setzen

im ost-oberschlesischen Bergbau starke Bestrebungen zu einem allgemeinen Lohnkampf ein. Die Bergherren lehnen jedoch vorerst jegliche Lohnserhöhung ab. Es steht zu erwarten, daß es deshalb auch im ost-oberschlesischen Bergbau zum Ausbruch von Kämpfen kommen wird.

Breistwucher der Stahlmagnaten

Berlin, 12. Januar.

In der heutigen Sitzung des Stahlwerkländerbundes in Düsseldorf wurden die Preise für Norm- und Stabeisen um drei Reichsmark je Tonne erhöht. Die Zuschläge für Siemens-Martin-Material wurden von fünf auf acht Reichsmark je Tonne erhöht. Die Differenz in den Preisen, die bisher auf der Preistabelle Oberhausen und Neunkirchen sechs Reichsmark für Neunkirchen geringer war, wurde auf vier Reichsmark je Tonne ermäßigt. Die Beratungen wegen der Preisserhöhungen bei anderen Verbänden finden anschließend, teilweise auch erst in den nächsten Tagen, statt. Auch hier werden sich die Preisserhöhungen in ähnlichen mäßigen Grenzen halten wie bei Norm- und Stabeisen.

Erhöhung der Eisenpreise — neue Teuerung

Am Mittwoch fand in Berlin eine Zusammenkunft von Vertretern der eisenverarbeitenden und verarbeitenden Industrie statt, in der die Frage einer Eisenpreiserhöhung besprochen wurde. Infolge der jüngsten Verkürzung der Arbeitszeit und der damit verbundenen Lohnserhöhung in der Eisenindustrie, sowie mit Rücksicht auf eine Reihe anderer der Selbstkosten steigenden Ursachen steht in den bevorstehenden Sitzungen der Verkaufsverbände der Eisenindustrie die Preisserhöhungfrage zur Beratung. Die Vertreter der Eisenverarbeiter sind mit der eisenverarbeitenden Industrie der Ansicht, daß der Schiedspruch, der eine neue Erhöhung der Gestehungskosten mit sich bringt, ein Fehlbescheid ist, und daß mit der fortwährenden Erhöhung der Belastungen Schluß gemacht werden muß.

Wenn die eisenverarbeitende Industrie auch für die schwierige Lage, in welche die Eisenindustrie durch den Schiedspruch geraten ist, durchaus Verständnis hat, so vermochte sie doch mit Rücksicht auf ihre eigene schwierige Lage und die bereits seit einiger Zeit zurückgehende Beschäftigung ihre Zustimmung zu den geplanten Maßnahmen nicht zu geben.

Dieser Vorstoß der Stahlmagnaten ist eine weitere Antwort auf die reformistische Niederlagestrategie im Kampfe der rheinisch-westfälischen Hüttenarbeiter. Bekanntlich sollte die Erfüllung des Schiedspruches mit keinerlei Preisserhöhungen verbunden sein. Verloren heute; antworten die Hüttenarbeiter mit neuen Protestherausforderungen. Wenn sich die Arbeiterbewegung neue Teuerung schüßen will, dann muß sie den Kampf gegen die gesamte Herrschaft des Bürgerblocks führen.